

Lang, Kai-Olaf

Research Report

Linksregierung in Bratislava: Der Wahlsieg der Sozialdemokraten macht die Slowakei europapolitisch berechenbarer

SWP-Aktuell, No. 20/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Lang, Kai-Olaf (2012) : Linksregierung in Bratislava: Der Wahlsieg der Sozialdemokraten macht die Slowakei europapolitisch berechenbarer, SWP-Aktuell, No. 20/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255040>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Linksregierung in Bratislava

Der Wahlsieg der Sozialdemokraten macht die Slowakei europapolitisch berechenbarer
Kai-Olaf Lang

Bei den vorgezogenen slowakischen Parlamentswahlen am 10. März 2012 erzielte die sozialdemokratische Partei Smer-SD einen klaren Wahlsieg. Robert Fico, Smer-Chef und neuer Ministerpräsident, wird mit solider Mehrheit und ohne Koalitionspartner regieren. Fico hat sich und seine Partei als stabile, soziale und proeuropäische Alternative zum bisherigen Regierungsbündnis der rechten Mitte präsentiert, das im Herbst 2011 über die Ratifizierung des Eurorettungsschirms EFSF gestürzt war. Bei den Anstrengungen zur Festigung der Eurozone dürfte die Slowakei künftig flexibel und konstruktiv mitwirken, das Risiko diesbezüglicher Komplikationen ist deutlich gesunken. Der Regierungswechsel eröffnet Deutschland neue Kooperationschancen. Allerdings ist darauf zu achten, wie Fico und Smer sich angesichts ihrer komfortablen Mehrheit verhalten, insbesondere ob sie den Dialog mit der ungarischen Minderheit und der parlamentarischen Opposition suchen.

Die Wahlen in der Slowakei waren notwendig geworden, nachdem die Mitte-Rechts-Regierung von Premierministerin Iveta Radičová im Oktober 2011 an einer Vertrauensfrage im Parlament gescheitert war. Radičová hatte diese mit der Ratifizierung des Eurorettungsschirms EFSF verknüpft, aber *aufgrund* der ablehnenden Haltung des liberalen Koalitionspartners SaS keine Mehrheit erhalten. Die wichtigste Oppositionspartei, die europafreundliche Smer mit ihrem Vorsitzenden Robert Fico, hatte ihr Ja zum EFSF davon abhängig gemacht, dass vorgezogene Neuwahlen stattfinden. Obwohl an der Frage des Verhältnisses zur Euro-Stabilisierung die Regierungskoalition zerbrochen war, spielten europapolitische

Angelegenheiten im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Beherrschendes Thema war die sogenannte Gorilla-Affäre. Angeblich hatten sich vor einigen Jahren hochrangige Politiker von der Finanzgruppe Penta bestechen lassen. Die schon länger bekannten, aber nun in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückten Abhörprotokolle lösten größere Protestaktionen und eine intensive Debatte in den Medien aus. Belastet wurden vor allem Vertreter der Regierungsparteien. Überdies versuchten diverse Gruppierungen, mit dem Nimbus des Neuen (so die »Bewegung 99%«) oder einer Kampagne gegen das politische Establishment von der verbreiteten Politikverdrossenheit zu profitieren. Letz-

teren Fall repräsentiert der einst mit der liberalen SaS liierte Geschäftsmann Igor Matovič mit seiner Liste »Gewöhnliche Menschen und Unabhängige Persönlichkeiten« (OLaNO).

Aus der Wahl vom 10. März ging der Favorit Smer als klarer Sieger hervor. Die Partei verfügt über die absolute Mehrheit und regiert allein. Die parlamentarische Opposition bilden fünf Parteien der rechten Mitte. Von ihnen konnten die christdemokratische KDH und die ungarisch-slowakische Partei Most-Híd ihre Position halten, während die SDKÚ-DS, Partei der abgetretenen Regierungschefin, und die liberale SaS eine herbe Niederlage einstecken mussten.

Ficos Wahlsieg

Robert Ficos Partei hat mit 44,4% der Stimmen das beste Resultat erzielt, das jemals eine Partei bei Wahlen in der Slowakei erreichen konnte. Angesichts der Zerklüftung der rechten Mitte übersetzen sich die 1,1 Millionen Wählerstimmen der Smer in eine komfortable Mehrheit von 83 der insgesamt 150 Parlamentssitze. Damit ist Smer gegenwärtig die einzige linke Partei im östlichen Mitteleuropa, die eine Vormachtstellung im politischen Raum und die Dimensionen einer Volkspartei besitzt. Obwohl Smer (mit Ausnahme der ungarischen Minderheit) in allen Bevölkerungsgruppen und nahezu allen Landesteilen relativ gesehen zur beliebtesten Partei wurde, variiert die Unterstützung für sie spürbar, wenn man soziale Zugehörigkeit und Region betrachtet. Smer genießt Popularität in älteren Wählerschichten. Je höher dagegen das Bildungsniveau und je größer die Wohnorte, desto unbeliebter die Partei. Bei der Führung der Regierungsgeschäfte wird Fico daher insbesondere auf die entscheidenden Gruppen seiner Gefolgschaft sowie wichtige Bestimmungsgrößen und Themen schauen müssen: auf Rentner, kleinere Städte und den ländlichen Raum sowie die Peripherien etwa im strukturschwachen Osten des Landes.

Ficos Erfolg wurde nicht zuletzt durch die Selbstdemontage des breiten Regierungsbündnisses von Iveta Radičová ermöglicht. Folgerichtig stellte der Herausforderer die aus vier Partnern und zwei Kleingruppen bestehende Koalition der rechten Mitte als chaotisches Konglomerat dar und prophezeite Instabilität und innere Zerwürfnisse für den Fall, dass sich nach der Wahl abermals eine konservativ-liberale Regierung formieren würde. Parallel akzentuierte Smer gekonnt ihr eigentliches Kernthema, nämlich eine soziale Korrektur der Wirtschaftspolitik. So verwies Robert Fico auf einen gehörigen Preisauftrieb (mit 4% im Februar 2012 der zweithöchste in der Eurozone), sinkende Reallöhne und die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote (über 13% Anfang 2012, Jugendarbeitslosigkeit von 34%). Hierbei prangerte er konsequent jene Schritte an, die vor allem sozial Schwache zu spüren bekommen hatten, etwa die Anfang 2011 in Kraft getretene Mehrwertsteuererhöhung, und stellte eine stärkere Belastung wirtschaftlich Leistungsfähiger in Aussicht. Dieser Zuspitzung hatte die Regierungsseite kaum etwas entgegenzusetzen. Die ohnehin geringe Strahlkraft einiger außenpolitischer Erfolge oder selbstattestierter wirtschafts- und finanzpolitischer Kompetenz verblasste vollends angesichts der Gorilla-Affäre, die die stärkste Regierungspartei SDKÚ-DS besonders hart traf.

Ficos Wahlsieg weckt Reminiszenzen an dessen erste Amtszeit zwischen 2006 und 2010. Damals regierte Smer zusammen mit der nationalistischen SNS und der HZDS, der Partei des umstrittenen ehemaligen Premiers Vladimír Mečiar. Die Kooperation mit der SNS führte zu einer vorübergehenden Sistierung der Smer-Mitgliedschaft in der europäischen Sozialdemokratie. Doch mit dem Argument, die Präsenz der SNS in der Regierung habe keine negativen Folgen etwa für Grundrechte und Minderheitenschutz, überzeugte Fico seine Parteifreunde in der EU, von den Sanktionen abzurücken.

Partei	Deutsche Bezeichnung	Stimmenanteil (%)	Sitze	Sitzanteil (%)
Smer-SD	Die Richtung/Sozialdemokratie	44,41	83	55
KDH	Christdemokratische Bewegung	8,82	16	11
OEaNO	Gewöhnliche Menschen und Unabhängige Persönlichkeiten	8,55	16	11
Most-Híd	Die Brücke	6,89	13	9
SDKÚ-DS	Slowakische Demokratische und Christliche Union/Demokratische Partei	6,09	11	7
SaS	Freiheit und Solidarität	5,88	11	7
SNS	Slowakische Nationalpartei	4,55	-	-
SMK-MKP	Partei der Ungarischen Koalition	4,28	-	-
Sonstige		10,53	-	-
Summe		100,00	150	100

Mitte und Rechte in der Opposition

Größter Verlierer der Wahlen ist die SDKÚ-DS. Sie verlor über neun Prozentpunkte, überwand nur knapp die 5%-Hürde und muss sich nun in der Opposition konsolidieren. Eine Ursache für die Niederlage ist das uneinheitliche Auftreten der Partei. So nährte das Handeln von Parteischwerge- wichten wie dem Vorsitzenden Dzurinda und seinem Stellvertreter und Finanzminister Mikloš Zweifel an deren Loyalität gegen- über der eigenen Ministerpräsidentin, die keine ausreichende Hausmacht in ihrer Partei besaß. Vor allem aber nagten immer wieder neu aufkommende Bestechungs- skandale an der Glaubwürdigkeit der SDKÚ. Zwar konnte die Premierministerin durch ihre redlichen Anstrengungen Vertrauen in ihre Person schaffen. Als jedoch während der Legislaturperiode im Zusammenhang mit einem Mietvertrag für die Steuer- verwaltung im ostslowakischen Kaschau abermals Korruptionsvorwürfe gegen SDKÚ- Amtsträger erhoben wurden, waren die letzten Hoffnungen auf einen Wandel der demokratisch-christlichen Partei dahin. In den letzten Jahren war sie zusehends zu einer Partei des Machterhalts und der Affären mutiert. Parteichef und Übervater Dzurinda tritt nun ab und wird voraus- sichtlich durch die bisherige Justizministe- rin Žitňanská ersetzt. Unter neuer Führung muss sich die SDKÚ in erster Linie fragen, wofür sie inhaltlich steht. Das Image einer

Partei der wirtschaftsliberalen Reformen hatte sich ohnehin eher als Handicap denn als Ausweis ökonomischen Sachverstands entpuppt. Die SDKÚ wird daher bemüht sein müssen, sich als seriöse Sachwalterin eines modernen, marktwirtschaftsorientier- ten und europafreundlichen Konservatis- mus zu profilieren. Im parteipolitischen Spektrum wird sie sich dabei zwischen der katholisch verwurzelten KDH und den un- berechenbaren Gruppierungen der rechten Mitte, SaS und OEaNO, behaupten müssen.

Die KDH konnte als einzige der etablier- ten Kräfte der rechten Mitte ihren Besitz- stand wahren. Obwohl sich zahlreiche thematische Kanten der Partei in der poli- tischen Praxis abgeschliffen haben (etwa vereinzelt antieuropäische Stimmungen), können sich die Christdemokraten weiter- hin auf ihre konfessionell gebundene Wäh- lerschaft verlassen, die der Partei seit den frühen 90er Jahren stabilen Rückhalt gibt und für Wahlergebnisse knapp unter zehn Prozent sorgt. Sollte die KDH sich zur infor- mellen Führungsmacht des bürgerlichen Lagers aufschwingen wollen, müsste sie ihr katholisches Selbstverständnis ergänzen, um vor allem jüngere, konservative Wähler an sich zu binden, die gegenwärtig bei SDKÚ und OEaNO beheimatet sind. Gleich- zeitig dürfte sie mittelfristig hauptsächlich mit Smer konkurrieren, die ja auch in alten Hochburgen des politischen Katholizismus große Erfolge erzielen konnte, etwa in der

Mittelslowakei oder in ländlichen Gebieten. Dafür müsste die KDH sich aber glaubwürdig auch sozialen Themen widmen. Doch dies ist selbst mit neuen Führungsfiguren wie dem bisherigen Innenminister Lipšic kaum zu erwarten.

Ein beachtliches Resultat konnte die erstmals selbständig angetretene Liste OĽaNO von Igor Matovič einfahren. Er machte Front gegen »Partokratie« und »professionellen Diebstahl« und grenzte OĽaNO als locker organisierte Gruppierung neuer Persönlichkeiten gegenüber den etablierten Parteien ab. Allerdings waren Matovič und einige seiner Gefolgsleute schon bei den Wahlen von 2010 auf den Listen der SaS erfolgreich gewesen und sind deshalb kein echtes Novum. Matovičs unkonventionelle Aktionen brachten OĽaNO nicht zuletzt die Stimmen jüngerer, städtischer und besser gebildeter Wähler ein; bei den Erstwählern erhielt die Partei fast jede siebte. Damit schadete OĽaNO hauptsächlich der SDKÚ und der liberalen SaS, die in ähnlichen Gewässern fischen – die Hälfte der OĽaNO-Stimmen kam von diesen beiden Parteien.

Die SaS musste massive Einbußen hinnehmen. Als Bannerträgerin der Euro-Kritik hatten sie und ihr Parteichef Sulík sich gewiss mehr erhofft. Doch nach dem maßgeblich durch die SaS verursachten Fall der Regierung Radičová hatte sich bald gezeigt, dass mit EU-Skepsis keine Popularitätsgewinne zu erringen waren. Da Sulík in der Endphase des Wahlkampfes auch noch in Sachen korrupter Netzwerke unter Verdacht geriet (sogenannte Causa Sasanka), war es für die 2010 neu ins Parlament gekommene Partei ein Teilerfolg, dass sie sich oberhalb 5% der Stimmen halten konnte.

Im ungarischen Segment der Wählerschaft stabilisierte sich die Zweiteilung zwischen der interethnischen Most-Híd und der allein im magyarischen Bereich verankerten SMK-MKP, wobei Letztere den Sprung ins Parlament abermals knapp verfehlte. Damit wird die Konkurrenz zweier ungarischer Parteien vorerst fortbestehen. Die eher nationale SMK-MKP wird von der Budapester Regierung unterstützt und ist

in vielen Kommunen stark. Die kooperativ-moderate Most-Híd muss den Spagat zwischen Interessenvertretung der ungarischen Minderheit und ihrer slowakischen Anhänger bewältigen. Deren Anteil soll sich seit 2010 von 20 auf 40% erhöht haben.

Asymmetrische und unübersichtliche Parteienlandschaft

Die Wahlen haben die Parteienlandschaft der Slowakei in mehrerlei Hinsicht verändert. Da die SNS an der 5%-Klausel scheiterte, gibt es erstmals keine nationalistische Partei mehr im Parlament. Neu ist auch, dass eine Partei der Linken mehr Stimmen errang als das gesamte liberalkonservative Lager. Besonders auffallend jedoch ist die deutliche Asymmetrie zwischen der in einer Partei zusammengefassten Linken und einer relativ großen Zahl von Parteien im Spektrum der Rechten und der Mitte. Während Smer in ihrem Teil des politischen Gefüges ein Monopol besitzt, fehlt eine Führungspartei im Bereich vom liberalen Zentrum bis zur konservativ-christlichen Rechten. Die rechte Mitte ist nicht nur programmatisch differenziert, sondern mehrfach gespalten: in europabejahende (SDKÚ, KDH, Most-Híd) und teils EU-kritische (SaS, OĽaNO) Parteien, in ethnisch slowakische und mehr oder minder stark ungarisch verankerte Gruppierungen sowie in etablierte (SDKÚ, KDH) und junge Organisationen (OĽaNO, teils SaS). Auch ist nicht ganz geklärt, welche Parteien dem konservativen Bereich zuzuordnen sind und welches Selbstverständnis sie pflegen. KDH und SDKÚ sind ebenso wie die außerparlamentarische SMK-MKP Teil der Europäischen Volkspartei (EVP). Most-Híd gehört inhaltlich ebenso hierher, dürfte aber wegen des Widerstands ihrer Konkurrentin SMK-MKP und der in Ungarn regierenden Partei Fidesz (beides EVP-Mitglieder) kaum Chancen auf Mitgliedschaft haben. OĽaNO-Frontmann Igor Matovič hat gelegentlich seine Nähe zu katholischen Werten hervorgehoben, und auf den Listen von OĽaNO fanden sich mehrere bedeutende christ-

liche Kandidaten. Dennoch bleibt die bewusst bunte Mischung der »Gewöhnlichen Menschen und Unabhängigen Persönlichkeiten« ideologisch vage. Diese Unübersichtlichkeiten sind für die rechte Mitte ein ernstes Problem. Es kann nur überwunden werden, wenn sich die einzelnen Gruppierungen intern festigen und den Willen zur Kooperation entwickeln. Weder das eine noch das andere ist sicher.

»Fico zwei«:

Herausforderungen und Chancen

Schon die parteipolitischen Rahmenbedingungen werden dafür sorgen, dass sich Robert Ficos zweite Amtszeit als Premierminister von seiner ersten Regierungsphase zwischen 2006 und 2010 unterscheidet:

»Fico zwei« muss weder eine starke Opposition fürchten noch sich mit fragwürdigen Koalitionspartnern streiten; und außerdem ist Smer in Sachen Exekutivpraxis kein Neuling. Allerdings kann Fico Misserfolge nun nicht mehr auf Koalitionspartner abwälzen. Mit der alleinigen Regierungsverantwortung steht der Premier daher unter großem Druck, namentlich bei den für die Smer-Wählerschaft so wichtigen sozialen Fragen. Gleichzeitig ist er gezwungen, energische Schritte zur Haushaltsanierung zu unternehmen. Diese soll vorrangig durch sozialverträgliche Einnahmengenerierung erreicht werden. Die Abschaffung der Einheitssteuer, neue Bankenabgaben oder Luxussteuern für manche Wohnungsarten sollen helfen, das Defizit bis 2013 auf 3% zu senken – ein ehrgeiziges Ziel. Neben der Frage, wie sich Robert Fico in diesem Spannungsfeld aufstellt, werden aus deutscher und europäischer Sicht nicht zuletzt folgende Themen von Belang sein, die auch insgesamt die deutsch-slowakische Kooperationsagenda im Rahmen der EU prägen werden:

Eurozonen-Management. Smer hat stets betont, dass Stabilisierungsmaßnahmen notwendig sind, um die Verschuldungskrise zu überwinden. Als Partei der Solidarität möchte Smer Hilfsmaßnahmen zur

Festigung anderer Eurozonen-Staaten mittragen. Die Ratifizierung von ESM, Fiskalpakt und geändertem Artikel 136 AEUV wird kein Problem sein, da die Partei aus eigener Kraft eine absolute Mehrheit aufbringen kann. Sollte eine qualifizierte Mehrheit von drei Fünfteln aller Abgeordneten nötig werden, wird mindestens eine der drei proeuropäischen Oppositionsparteien (SDKÚ, KDH, Most-Híd) mit der Regierung stimmen. Wichtig ist, dass Fico bereit ist, in Europafragen konsensorientiert zu agieren und insbesondere bei finanzrelevanten Themen die Kooperation mit der rechten Mitte zu suchen. Damit würde er an das überparteiliche Votum für eine verfassungsmäßig verankerte Schuldenbremse von Ende 2011 anknüpfen.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse bietet sich für die Slowakei eine Chance, als stabilitätsorientiertes und solidarisches junges Eurozonen-Land aufzutreten. Mit Blick auf seine wirtschaftspolitische Agenda und sein sozialdemokratisches Profil wird der neue Premier jedoch auch das Lager derer in der EU verstärken, die nach mehr Wachstumsimpulsen verlangen. Offen ist daher, wie sich Fico verhalten wird, wenn seine Maßnahmen zur Einnahmengenerierung nicht ausreichen, um den Haushalt zu konsolidieren. Zwar redet Smer keiner unkontrollierten Defizitfinanzierung (deficit spending) des Wort, doch handelt es sich bei »Fico zwei« auch nicht um eine fiskalkonservative Regierung. So bedürfen die angestrebten öffentlich-privaten Mischvorhaben (Public-Private Partnership, PPP) im Bereich der Infrastruktur auch staatlicher Finanzierungsanteile. Darum gilt es rechtzeitig auszuloten, ob Fico bei Haushaltsproblemen aus dem austeritätsorientierten »Nord-Lager« in der EU ausscheren und sich (etwa nach den französischen Wahlen) einer Initiative zur Ergänzung des Fiskalpakts anschließen würde. Ein frühes bilaterales Zusammentreffen des deutschen und des neuen slowakischen Finanzministers könnte signalisieren, dass beide Länder in Sachen Eurozonen-Management weiterhin an einem Strang ziehen.

Energie. Seit der russisch-ukrainischen Gaskrise 2009 hat die Slowakei ihre Versorgungssicherheit im Gassektor verbessert (z. B. durch Schaffung von Reverse-Flow-Fähigkeiten aus dem tschechischen und österreichischen Netz). Die Regierung Fico wird voraussichtlich weitere, ähnliche Projekte vorantreiben, etwa eine Pipeline vom slowakischen Veľký Krtíš ins ungarische Vecsés.

Dies hat auch damit zu tun, dass die Bedeutung der Slowakei für den Transit russischer Energieträger nach Mittel- und Westeuropa schwindet. Zwar laufen immer noch bedeutende Transportmagistralen durch das Land. So fließen etwa 75% des aus Russland nach Westeuropa exportierten Erdgases durch die Leitungen von Eustream, der Betreiberfirma des slowakischen Gasübertragungsnetzes. Die Route Ukraine–Slowakei könnte aber durch die Inbetriebnahme konkurrierender Leitungssysteme wie Nord Stream und möglicherweise auch South Stream auf die Dauer austrocknen. Darunter dürften sowohl die Versorgungssicherheit als auch die Erträge der betroffenen Firmen leiden. Um dem drohenden Bedeutungsverlust der Družba-Pipeline im Ölsektor entgegenzuwirken, könnte eine (allerdings ökologisch problematische) Verbindung zwischen Bratislava, dem Sitz der Slovnaft-Raffinerie, und dem österreichischen Schwechat geschaffen werden. Slovnaft präferiert hingegen, die bestehende Anbindung der Družba an die Adria-Leitung zu modernisieren, die der Slowakei Zugang zu Öllieferungen über Kroatien und Ungarn bietet.

Insgesamt wird die neue Regierung bemüht sein, zusammen mit Partnern in Ostmittel- und Südosteuropa die Entwicklung des europäischen Energie-Nord-Süd-Korridors weiterzubringen und nicht zuletzt die (Ko-)Finanzierung vorrangiger Projekte durch die EU sicherzustellen. Gleichzeitig könnte die Regierung Fico dazu neigen, ihren sozialpolitischen Zielen auch im Energiebereich Nachdruck zu verleihen, etwa indem sie versucht, die Preispolitik großer Versorger zu beeinflus-

sen. Die Regierung könnte die Rückkehr zur sogenannten Lex SPP betreiben. Diese besagte, dass Energieunternehmen, die der Regulierungspflicht unterliegen, ihre Preispolitik von den Aktionären beschließen lassen müssen. Ein Vorstandsbeschluss reichte nicht aus. Der slowakische Staat hält 51% der Anteile des Gaskonzerns SPP, während die ausländischen Eigner, Eon Ruhrgas und Gaz de France, die Geschäftsführung kontrollieren.

Überdies ist zu erwarten, dass die Regierung Fico entschlossen für den Ausbau der Kernkraft eintreten wird. Im Wahlprogramm hat Smer angekündigt, rasch weitere Reaktoren in Bohunice zu errichten und den Bau von Block 3 und 4 des Kraftwerks in Mochovce energischer anzugehen. Die Fertigstellung des 3. Blocks war um ein Jahr auf Ende 2013 verschoben worden, der vierte Block sollte erst 2014 ans Netz gehen.

Für Deutschland wird es wichtig sein, wie sich die Slowakei zur »Energiewende« positioniert. Zweifellos werden in Bratislava Vorbehalte gegenüber dem deutschen Atomausstieg und möglichen Folgen für die europäische Energiepolitik fortbestehen. Das Problem unkontrollierter Stromflüsse, von dem auch die Slowakei betroffen ist, könnte in Einrichtungen wie dem Central Eastern European Electricity Forum konstruktiv thematisiert werden, einem Zusammenschluss von Ministerien, Regulierungsbehörden, Netzbetreibern und Strombörsen. Allerdings wird sich die Slowakei gegen Vorstöße wehren, die über die EU-Ebene eine Realisierung ihrer Atompläne erschweren oder verteuern könnten. Ein strukturierter deutsch-slowakischer energiepolitischer Dialog zwischen Wirtschafts- und Umweltministerien könnte mehr Transparenz schaffen. Hier könnte es sinnvoll sein, auch die Tschechische Republik einzubeziehen.

Beziehungen zu Ungarn und zur ungarischen Minderheit. Die slowakisch-ungarischen Beziehungen bleiben auch nach dem Regierungswechsel in Bratislava störanfällig. Schon früher hat Robert Fico offensiv auf die Budapester Politik gegenüber den aus-

landsungarischen Gemeinschaften reagiert. Scharf kritisiert hat er vor allem die national orientierte Politik der Regierung Orbán, vornehmlich die Einführung der erleichterten Ausgabe ungarischer Pässe für die Angehörigen ungarischer Minderheiten im Ausland. In seiner ersten Regierungsphase hat Fico auch die Skepsis großer Teile der ungarischen Minderheit auf sich gezogen, wobei ihm nicht zuletzt die Koalition mit der antiungarischen Nationalpartei SNS angekreidet wurde. Während der Regierungszeit von Iveta Radičová hat Smer eine Zurücknahme des slowakischen »Gegengesetzes« zum ungarischen Staatsbürgerschaftsgesetz abgelehnt. Es sieht den Verlust der slowakischen Staatsbürgerschaft bei Annahme des Passes eines anderen Landes vor. Stattdessen schlug Ficos Partei vor, die slowakische Verfassung zu ändern und als »Barriere« gegenüber dem im Frühjahr 2011 verabschiedeten ungarischen Grundgesetz zu gestalten.

Allerdings haben Fico und Smer jüngst einen moderateren Ton angeschlagen. Während des Wahlkampfes verzichtete Smer darauf, die »ungarische Karte« zu spielen. Nach dem Wahlsieg bekräftigte Fico, den Status quo in Minderheitenfragen aufrecht erhalten zu wollen. Derlei Bekundungen sind wichtig, da dem Premier aus der ungarischen Minderheit und erst recht aus Ungarn ungebrochen Argwohn entgegen schlägt. Jedoch muss Fico diesen Worten bald Taten folgen lassen, da einige Namen im Regierungsteam aus ungarischer Sicht für Misstrauen sorgen und überdies keine »ungarische« Partei in der Regierung vertreten ist. In Anbetracht dessen wird darauf zu blicken sein, ob Fico die angekündigte Auflockerung des Gegengesetzes rasch wahr macht, was zumindest ein Zeichen guten Willens wäre. So sollen Personen, die ihren regulären Wohnsitz im Ausland haben, die Staatsbürgerschaft des Gastlandes annehmen dürfen, was zumindest ein Zeichen des guten Willens wäre. Für Smer wäre es interessant, einen wenigstens punktuellen Dialog mit Most-Híd zu etablieren. Most-Híd wird dabei aber vorsichtig agie-

ren, da sie nicht riskieren darf, von ihrer Konkurrentin SMK-MKP als »Fico-freundlich« bezeichnet zu werden. Nimmt Fico sein Programm der Schaffung von Kohäsion und Einheit in der ganzen Slowakei ernst, wäre dies auch eine Chance für integrative Politik gegenüber der ungarischen Gemeinschaft. Denn darüber, wie das Verhältnis der ungarischen Minderheit zum slowakischen Staat künftig aussehen wird, entscheiden neben den klassischen Fragen von Minderheitenschutz und -rechten vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsaussichten der agrarischen Regionen, die mit ökonomischen Problemen kämpfen und in denen slowakische Ungarn leben.

In Gestalt von Robert Fico und Viktor Orbán stehen sich zwei konsequent »patriotisch« orientierte Regierungschefs gegenüber, die hauptsächlich ihre nationalen Agenden verfolgen und die Qualität der bilateralen Beziehungen hintanstellen. Allerdings regieren damit in Bratislava und Budapest auch zwei starke Männer, die anders als ihre konservativen oder liberalen Vorgänger innenpolitisch nicht im Verdacht stehen, nationale Interessen zu vernachlässigen. Deutschland tut gut daran, neutrale Distanz zum schwierigen slowakisch-ungarischen Verhältnis und vor allem zu den sensiblen Minderheitenthemen zu wahren. Doch sollte Berlin die Regierung in Bratislava wie auch die in Budapest ermuntern, ihre bilateralen Kooperationsvorhaben in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Wirtschaftskontakte auszubauen. Dies hat Ministerpräsident Orbán in seinem Gratulationsschreiben an Robert Fico prinzipiell in Aussicht gestellt.

Außen- und Sicherheitspolitik. Unter Robert Fico ist keine Neuorientierung der slowakischen Außen- und Sicherheitspolitik zu erwarten, sondern eine pragmatische Weiterentwicklung bisheriger Betätigungsfelder der slowakischen Diplomatie. Deutliches Anzeichen dafür ist die Berufung des erfahrenen und europäisch denkenden Miroslav Lajčák zum Außenminister. Er hatte dieses Amt bereits zwischen Anfang 2009 und Mitte 2010 inne und befasste sich

als Managing Director im Europäischen Auswärtigen Dienst unter anderem mit Russland, der Östlichen Nachbarschaft und dem westlichen Balkan. Diese Besetzung des Außenamtes wird dafür bürgen, dass in Bratislavas außenpolitischem Gebaren keine größeren Brüche auftreten und bisherige Handlungsprioritäten eingebettet in die GASP weiterverfolgt werden. Daher ist damit zu rechnen, dass die Östliche Partnerschaft und die Heranführung des Westbalkans an die EU weiterhin Schwerpunkte für die slowakische Außenpolitik bilden. Hinsichtlich des Kosovo unterstrich Robert Fico unmittelbar nach den Wahlen, er sehe keinen Grund, diesen als selbständigen Staat anzuerkennen. Gleichwohl dürfte die Regierung Fico den bereits zwischen 2006 und 2010 und im Kern auch von der Regierung Radičová gesteuerten Kurs beibehalten: Einerseits wird ein enges Verhältnis zu Belgrad gepflegt und Kosovo die Anerkennung versagt. Andererseits unterstützt die Regierung den Dialogprozess zwischen Belgrad und Priština und engagiert sich pragmatisch für die Stabilisierung der Region mit dem Ziel, den gesamten Raum der EU anzunähern.

Für Deutschland kann die Slowakei ein interessanter Partner sein, durch ihre Expertise in der Region, aber namentlich wegen ihrer intensiven Kontakte nach Serbien, da sie aufgrund ihrer Kosovo-Politik in Belgrad großes Vertrauen genießt. Das slowakische Programm zur Weitergabe von Integrations- und Reform Erfahrungen (das Centre for Transfer of Integration and Reform Experience, CETIR) an Länder in der Peripherie der EU bietet Anknüpfungspunkte für transformationsunterstützende Projekte, sowohl mit Blick auf den Westbalkan als auch auf die Östliche Partnerschaft. Jenseits der direkten Nachbarschaften der EU wird der Regierungschef seine traditionell freundschaftliche Haltung gegenüber Russland betonen. So hat Fico 2011 am Parteitag der Putin-Partei Jedinaja Rossija teilgenommen. Smer und Fico haben auch wiederholt ihr Interesse am Bau einer Breitspurverbindung von

Kaschau in der Ostslowakei nach Bratislava und Wien bekundet.

Fazit

Robert Fico hat sich während des Wahlkampfes und unmittelbar nach seinem Wahlsieg sichtlich um ein neues Image bemüht. So hat er sein Verhältnis zu den heimischen Medien durch einen neuen, kommunikativen Stil verbessert. Auch sucht er den Kontakt zu gesellschaftlichen Akteuren, insbesondere den Sozialpartnern (hierzu soll etwa ein »Rat für Solidarität und Entwicklung« dienen). Zudem hat er umgehend signalisiert, trotz einer klaren Mehrheit den Grundsatz der proportionalen Vertretung und der oppositionellen parlamentarischen Kontrolle zu wahren, und hat diese Ankündigung auch eingehalten. Auch wurden wichtige Regierungsposten (neben dem Außenminister sind auch Justiz-, Wirtschafts- und Gesundheitsminister formell keine Smer-Repräsentanten) mit Unabhängigen besetzt. Inhaltlich hat sich Fico von europaskeptischen Akzenten aus der Frühphase seiner Partei verabschiedet und setzt eindeutig auf ein integrationsfreundliches Profil. Die populistischen Reflexe aus Zeiten der Koalition mit den nationalistischen SNS und HZDS scheinen verblichen.

Es bleibt allerdings zu beobachten, ob die Smer-Regierung tatsächlich den Versuchungen der einfarbigen Machtausübung widersteht und stattdessen einen integrativen Politikstil, eine Art slowakischer »ouverture« praktizieren kann. Insbesondere das Verhältnis zur Nation und der Umgang mit der ungarischen Minderheit sind wichtige Indikatoren dafür, inwieweit es der Smer mit ihrem neuen Kurs ernst ist. Sie werden zeigen, ob die Transformation der Smer von einer linkspatriotischen Kraft zur modernen Sozialdemokratie abgeschlossen ist. Ficos internationale Partner, allen voran seine sozialdemokratischen Verbündeten, sind aufgerufen, ihm bei dieser Umgestaltung den Rücken zu stärken.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 34
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364